

Ray, George F.

Article — Digitized Version

Grundprobleme der britischen Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ray, George F. (1976) : Grundprobleme der britischen Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 2, pp. 87-91

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134916>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grundprobleme der britischen Wirtschaft

George F. Ray, London

Seit etwa zwei Jahren leidet die britische Wirtschaft unter einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen, einem enormen Zahlungsbilanzdefizit, einer zu hohen Inflationsrate und einer Stagnation bzw. Rezession. Welches sind die Ursachen dieser ökonomischen Schwierigkeiten?

Gegenwärtig kann man – vereinfacht – als wichtigste ökonomische Ziele eines jeden Landes ein angemessenes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und ein einigermaßen stabiles Preisniveau nennen. In der Nachkriegsgeschichte Großbritanniens gab es, an diesen Maßstäben gemessen, erfolgreiche Jahre. Aber meistens mußte man ein oder mehrere Ziele für eine Zeitlang – freiwillig oder unfreiwillig – aufgeben. Neuerdings ist ein Versagen auf der ganzen Linie festzustellen: Die Merkmale der letzten zwei Jahre waren Stagnation oder Rezession, wachsende Arbeitslosigkeit, ein enormes Zahlungsbilanzdefizit und eine zu hohe Inflationsrate. Kein Wunder also, daß man über Maßnahmen nachdenkt, die normalerweise nur in einer Notstandssituation angemessen sind.

Das Wachstumstempo der britischen Wirtschaft war in den Nachkriegsjahren langsamer als auf dem Kontinent, aber meistens schneller als in früheren Zeiten. Macmillan hatte recht, als er Ende der fünfziger Jahre sagte, die Briten hätten es noch nie so gut gehabt. Das Vereinigte Königreich hatte an der Prosperität und dem Wachstum der Nachkriegszeit in den westlichen Volkswirtschaften teilgenommen, jedoch in einem geringeren Maße als die meisten vergleichbaren Länder.

Die Nachkriegsprosperität war auf vier Eckpfeiler gegründet: auf das Bretton-Woods-System, auf die Integration, auf die Arbeitskräfte und auf billige Rohstoffe einschließlich Öl.

Verspätete Pfundabwertung

Das System von Bretton Woods basierte auf zwei Reservewährungen, dem mächtigen Dollar und dem

George F. Ray, 60, ist Senior Research Fellow des National Institute of Economic and Social Research in London und Gastprofessor an der Universität von Surrey, Guildford. Er ist zudem Mitherausgeber der instituts-eigenen Zeitschrift „Economic Review“.

schwächeren Pfund. Eine lange Zeit bot das Pfund wegen seiner ständigen Schwäche dem aus mehreren Gründen ebenfalls schwachen Dollar einen erheblichen Schutz, und zwar vor 1967 beim alten Wechselkurs von 1 £ = 2,80 US-\$. Keine britische Regierung konnte die Politik eines freien Wechselkurses verfolgen, da aus einer Vielzahl von Gründen immer darauf Rücksicht genommen werden mußte, daß das Pfund eine Reservewährung war. Die Abwertung des Pfundes im Oktober 1967 kam zu spät, und sie reichte zudem nicht aus.

Die Aufgabe des alten Sterlingkurses markierte denn auch den Anfang vom Ende des Bretton-Woods-Systems: Innerhalb von sechs Monaten wurde der gespaltene Goldpreis eingeführt, es folgte eine Reihe von Währungsauf- und -abwertungen, die in ein allgemeines Währungsgerangel ausarteten und mit dem Smithsonian Abkommen endeten. Das Pfund floatete ziemlich schnell abwärts, und es ist mittlerweile gegenüber dem Dollar um ungefähr 30 % unter den Leitkurs des Smithsonian Abkommens gesunken. Um das plötzliche Abfließen von kurzfristigem, in London angelegtem Kapital zu verhindern, wird ein Zinssatz aufrechterhalten, der erheblich höher als die herrschenden Sätze an anderen Finanzzentren ist. Obwohl dieser Zinssatz noch niedriger als die Inflationsrate sein kann, verteuert er doch das Kapital für Inlandsinvestitionen stärker als in anderen Ländern.

Politische Fehleinschätzungen

Die unterschiedliche Wiederaufbauentwicklung in den Nachkriegsjahren führte zu dem Paradoxon, daß der militärische und politische Sieg für Großbritannien auf eine wirtschaftliche Niederlage hinauslief. Die nichtneutralen europäischen Länder waren gezwungen, von einem vergleichsweise sehr niedrigen Niveau den Wiederaufbau zu beginnen, und dies erforderte eine radikale Veränderung der Einstellung und des Verhaltens der gesamten Gesellschaft. Im Gegensatz dazu hatte es Großbritannien mit seinen intakten Institutio-

nen und politischem System nicht nötig, ähnlich radikale Veränderungen vorzunehmen. Unmittelbar nach dem Kriege ließ das noch bestehende Weltreich die Briten glauben, daß sie noch immer eine Weltmacht mit den dazugehörigen Verpflichtungen gegenüber der übrigen Welt seien, und sie nahmen in der kritischen Wiederaufbauphase Verantwortungen auf sich, die andere Länder gezwungenermaßen abgeschüttelt hatten. Hieraus ergaben sich mehrere Schritte, wie z. B. das Aufrüstungsprogramm, die vorzeitige Beendigung der Marshallplan-Hilfe und die Weigerung, den Römischen Verträgen beizutreten.

In Großbritannien war das Wiederaufbauprogramm viel weniger umfangreich als in anderen Ländern; aber selbst dieser langsame Fortschritt wurde noch durch die Entscheidung der Attlee-Regierung Anfang der fünfziger Jahre gebremst, zur Unterstützung der USA aufzurüsten. Die Aufrüstung erhielt Vorrang vor den industriellen Investitionen.

Kurz nach dem Korea-Krieg erhöhten sich Großbritanniens Devisenreserven erheblich. Denn es kam zu einem Exportboom insbesondere in die Länder des Sterlingblocks, die stark von der Korea-Hausse auf den Rohstoffmärkten profitiert hatten. Daher verzichtete Großbritannien als erstes Land auf den Empfang von Marshallplan-Hilfe. Ein weiterer Fehler der politischen Einschätzung war, daß Großbritannien sich von der in den Römischen Verträgen enthaltenen Idee abwandte und, statt ein Gründungsmitglied der EWG zu werden, dem Glauben an die Gemeinschaft des Commonwealth und an die niemals genau umrissene Atlantische Gemeinschaft den Vorzug gab.

Häufige Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Der industrielle Wiederaufbau in Europa erforderte eine erhöhte Anzahl an Arbeitskräften, die in den meisten Staaten im Agrarsektor vorhanden waren. Dies war in Großbritannien aber nicht der Fall, weil der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Arbeitskräften bereits 1945 unter 5% lag. Die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials vollzog sich daher langsamer und stützte sich stärker als in anderen Ländern auf Einwanderer. Ein weiterer Eckpfeiler des Wachstums nach dem Kriege war der Zugang zu billigen Rohstoffen und billiger Energie. In dieser Hinsicht teilte Großbritannien die Vorteile günstiger Terms of Trade mit den anderen europäischen Ländern. Außerdem hatte Großbritannien größere Kontrollmöglichkeiten über die Rohstoffe als die meisten europäischen Länder. Daher hatte das Land auch mehr als andere Staaten zu verlieren, als die Kontrolle über die Rohstoffe allmählich auf die Rohstoffländer übergang.

Ein grundlegendes Problem war nach dem Kriege das Zahlungsbilanzungleichgewicht, das eine Folge der passiven Handelsbilanz war. Dieser Tatbestand ist jedoch keineswegs neu: Die britischen Importe waren seit der industriellen Revolution fast immer größer als die Warenexporte. Das Handelsbilanzdefizit wurde jedoch immer durch Einnahmen aus „unsichtbaren Posten“ gedeckt, die hauptsächlich aus Kapitalerträgen der britischen Auslandsinvestitionen bestanden. Ein sehr großer Teil dieser Auslandsanlagen mußte jedoch verkauft werden, um die Kriegsschulden des Zweiten Weltkrieges zu bezahlen. Diese Einnahmequelle ging daher stark zurück, so daß die Bilanz der unsichtbaren Posten 1957–59 nominal fast denselben Betrag wie 1935–37 auswies. Dies bedeutete angesichts des stark gesunkenen Geldwertes einen enormen Einnahmerückgang (vgl. Teil 1 in der Tabelle). Zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Anfang des Zweiten Weltkrieges beliefen sich die Einnahmen aus den unsichtbaren Transaktionen auf etwa 40% des Warenexports. Nach dem Kriege fielen sie auf unter 10% und Anfang der sechziger Jahre sogar auf 5%. Die britischen Warenexporteure unternahmen erhöhte Anstrengungen, und es gelang in den fünfziger Jahren, vielleicht drei Viertel der entstandenen Devisenlücke durch erhöhte Exporte zu schließen. Die restlichen fehlenden Devisen führten jedoch häufig zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten.

Abnehmender Welthandelsanteil

Etwa Anfang der sechziger Jahre zeigte es sich deutlich, daß Großbritannien wirtschaftlich hinter anderen Industrieländern zurückblieb. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung überholten die Bundesrepublik und Frankreich Großbritannien wahrscheinlich etwa 1960–61. Die Wachstumsrate der Produktion und der Produktivität schien praktisch hinter derjenigen aller europäischen Länder zurückzubleiben, und die britischen Waren verloren allmählich an Wettbewerbsfähigkeit.

Der britische Anteil am Welthandel mit Fertigwaren, der wahrscheinlich zu Beginn dieses Jahrhunderts noch etwa ein Drittel und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ein Viertel ausmachte, fiel bis 1964 allmählich auf etwa ein Siebentel und ging danach praktisch mit jedem Jahr weiter zurück. Der künstlich hochgehaltene Wechselkurs war sicherlich ein Grund für diese Entwicklung, er erklärt aber nicht den tiefen Fall. Denn trotz Abwertung war bis Anfang der siebziger Jahre der Anteil auf ein Zehntel gesunken (vgl. Teil 2 in der Tabelle).

Jede britische Nachkriegsregierung redete den Vorzügen eines „exportinduzierten Wachstums“

GROSSBRITANNIEN

das Wort, aber keine erreichte dieses Ziel tatsächlich. Die Ursachen hierfür sind vielschichtiger Natur. In Großbritannien wurde ein kleinerer Teil des niedrigeren Sozialprodukts investiert als z. B. in der Bundesrepublik; in den zehn Jahren bis 1972 betrug der britische Anteil 18 %, verglichen mit 25 % in der Bundesrepublik. Diese Entwicklung ging über eine lange Zeit und kumulierte sich exponentiell. Als Folge davon reichte die Kapazität nicht aus, um – speziell in Boomzeiten – sowohl den Inlandsmarkt als auch die Auslandsnachfrage zu befriedigen. Der Absatz im Inland ist stets einfacher. Der Schutz, den die britischen Exporteure über ein Jahrhundert in den alten Kolonien und Dominien genossen hatten, verlor allmählich an Bedeutung. Da Großbritannien einen sehr großen Anteil, oft erheblich mehr

als 50 %, der Fertigwareneinfuhr der aus den ehemaligen Kolonien neu entstandenen Länder befriedigte, konnte es bei dieser Veränderung nur verlieren, selbst wenn seine Industrie viel konkurrenzfähiger gewesen wäre.

Veralteter Produktionsapparat

Schließlich hat die geringe Investitionstätigkeit auch bewirkt, daß der Produktionsapparat allmählich veraltete. Aus einigen kürzlich vorgenommenen Untersuchungen geht hervor, daß Großbritannien zwar eine hervorragende Liste von Erfindungen und auch Einführungen neuer Produkte und Techniken aufzuweisen hat und daß es sowohl in der Grundlagen- als auch in der angewandten Forschung und Technologie in vor-

Ausgewählte Indikatoren der britischen Volkswirtschaft

Teil 1: Dienstleistungserträge und Übertragungen aus dem Ausland

	1899	1913	1928-29	1935-37	1957-59	1960-63	1966-68	1969-71	1972-73	1974
Nettodienstleistungserträge und -übertragungen										
Jährlicher Durchschnitt in Mill. £	159	293	360	248	268	151	260	698	977	1488
In % der Güterexporte	35	45	42	45	8	4	5	9	9	10

Teil 2: Anteil des Vereinigten Königreichs am Welthandel mit Industrieerzeugnissen in % a)

	1913	1929	1950	1955	1960	1965	1970	1974
%	30,2	22,4	25,5	19,6	16,3	13,9	10,8	8,9

Teil 3: Importe von fertigen Industrieerzeugnissen b)

	1920	1930	1938	1950	1960	1970	1973
Anteil an den gesamten Importen in % c)	5	7	7	4	11	23	29

Teil 4: Arbeitskosten in der Industrie d)

	BRD		UK	
	1973	1963 = 100	1963	1973
	BRD = 100			
Zeitlöhne (Auszahlungen)	295		106	68
Gesamte Arbeitskosten (einschl. aller Sozialabgaben)	316		84	54

Teil 5: Zu- und Abfluß von privatem Investitionskapital, in Mill. £

	1965-69	1970-74	1965-74
Direktinvestitionen des Auslands im Vereinigten Königreich	2195	7473	9668
Direktinvestitionen im Ausland	2533	5888	8421
Saldo	- 338	+ 1585	+ 1247

Teil 6: Beschäftigung der Arbeitskräfte nach Sektoren in % e)

		Landwirtschaft	Industrie	andere Sektoren
1962:	Bundesrepublik Deutschland	13,5	49,0	37,5
	Vereinigtes Königreich	4,0	48,0	48,0
1973:	Bundesrepublik Deutschland	7,5	49,5	43,0
	Vereinigtes Königreich	3,0	42,3	54,7

a) Gesamthandel der USA, Kanadas, Japans und der EWG der Sechs, des Vereinigten Königreichs, Schwedens und der Schweiz; b) SITC 7 und 8; c) zu laufenden Preisen; d) für erwachsene Männer und Frauen, umgerechnet zu den durchschnittlichen Wechselkursen von 1963 und 1973; e) die Landwirtschaft enthält die Forstindustrie und die Fischerei, die „anderen Sektoren“ umfassen den Transport, das Nachrichtenwesen, den Handel und alle Dienstleistungen.

Quellen: Teil 1: Key Statistics, London and Cambridge Economic Service, 1900-1970; National Institute Economic Review; Teil 2: National Institute Economic Review; Teil 3: wie bei Teil 1; Teil 4: Wages and total labour costs for workers, international survey, 1963-1973, Swedish Employers' Confederation, Stockholm, 1975; Teil 5: National Institute Economic Review; Teil 6: OECD Observer.

derster Linie stand, daß aber die Verbreitung von Neuerungen und die breite Anwendung neuer Techniken in der gesamten Industrie nur langsam erfolgte – eben weil weniger Investitionen getätigt wurden als in anderen Ländern und daher weniger Spielraum für die Einführung von Innovationen blieb. Vorteile der Massenproduktion konnten auch nicht immer im gleichen Maße ausgenutzt werden wie in einigen anderen EWG-Ländern oder in den USA und in Japan.

Natürlich handelt es sich bei diesen Feststellungen um Verallgemeinerungen, und sicherlich gibt es viele Ausnahmen, d. h. Unternehmen, deren Situation ausgezeichnet ist, die sich auf dem neuesten Stand des technischen Fortschritts befinden oder deren Bedeutung auf den Exportmärkten gestiegen sein dürfte. Aber diese Unternehmen sind in der Minderzahl.

Der Arbeitsplatz eines britischen Arbeiters ist wesentlich weniger mit produktiver Ausstattung versehen als der seiner Kollegen auf dem Kontinent. Die Folgen sind eine niedrigere Arbeitsproduktivität und häufig auch höhere Produktionskosten. Diese Faktoren dürften auch eine wahrscheinlichere Erklärung für die bestehende Produktivitätslücke sein als der oft gehörte Hinweis auf die britische Teepause oder schlichte Faulheit. Verschiedene Forscher haben tatsächlich festgestellt, daß die sprichwörtliche Teepause in Wirklichkeit die Produktivität steigert, indem sie den gewöhnlich nach einigen Stunden Fabrik- oder Büroarbeit sinkenden Produktivitätstrend unterbricht und ihn nach Wiederaufnahme der Arbeit erhöht. Und was den Unterschied in der Arbeitsintensität betrifft, so wurde hierüber bisher kein ernstzunehmendes und überzeugendes Beweismaterial vorgelegt.

Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Nach keinem Naturgesetz muß ein Land wie Großbritannien mit einer Bevölkerung von 56 Mill. Menschen ein Fünftel oder selbst nur ein Zehntel aller Fertigwaren exportieren. Nach einer einfachen Regel sollten jedoch die Einnahmen eines Landes aus dem Ausland ungefähr seine Ausgaben an das Ausland, d. h. seine Einfuhren, decken. Dies ist der springende Punkt, bei dem die britische Wirtschaft wiederholt versagte. Ein Teil der Einfuhren setzt sich aus Produkten zusammen, die auch im Inland hergestellt werden; ihr Anteil an den gesamten Importen ist schnell gewachsen, und zwar von weniger als 10% Ende der fünfziger Jahre auf fast 30% im Jahre 1973. Seit etwa 1957 hat sich das Volumen der eingeführten Fertigwaren, bei denen es sich hauptsächlich um auch im Inland hergestellte Güter handelt, alle vier bis sechs Jahre verdoppelt (vgl. Teil 3 in der Tabelle).

Die allmähliche Abwertung des Pfundes bewirkte, daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit teilweise erhalten blieb, obwohl dadurch natürlich auch die Importe verteuert wurden. Sie konnte aber nicht den schließlich eingetretenen weiteren Verlust von Weltmarktanteilen verhindern, obwohl Großbritannien in den letzten Jahren ein Land mit relativ billigen Arbeitskräften geworden ist. Auf der Basis des jeweiligen Wechselkurses erhielt 1963 ein durchschnittlicher britischer Arbeiter in der verarbeitenden Industrie 6% mehr Arbeitslohn als sein deutscher Kollege; zehn Jahre später waren es 32% weniger. Schon 1963 lagen die gesamten Arbeitskosten einschließlich aller Sozialabgaben eines britischen Unternehmers in der verarbeitenden Industrie um 16% unter denen seines deutschen Konkurrenten; bis 1973 stieg die Differenz auf 46% (vgl. Teil 4 in der Tabelle).

Verschlechterung des Arbeitsklimas

Die wachsende Kluft zwischen den Arbeitereinkommen in Großbritannien und auf dem Kontinent war natürlich nicht zu übersehen. Sie trug zu den sehr hohen Lohnabschlüssen bei, die in den letzten Jahren bei einem sich verschlechternden Arbeitsklima für die Industrie kennzeichnend waren. Verständlicherweise verlangen die Arbeiter eine größere Scheibe vom Kuchen des Sozialprodukts; ebenso verständlich ist es, daß die Gewerkschaften dieselbe Ansicht vertreten, denn dies ist ihre Aufgabe. Und es ist ebenfalls ganz natürlich, daß die Arbeitgeber, seien es nun private Firmen, verstaatlichte Unternehmen oder Behörden, entgegengesetzte Interessen haben. Bedauerlich ist es aber, daß weder ein größeres Maß an Kooperation und gegenseitigem guten Willen erreicht noch ein besseres System zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten entwickelt und eingeführt werden konnte.

Ohne Zweifel würde hierdurch die Produktivität erhöht werden. Ich glaube aber, daß das langjährige relativ niedrige Investitionsniveau in einem wesentlich stärkeren Maße als irgendein anderer Grund für den Produktivitätsrückstand verantwortlich ist. Daher ist es legitim zu fragen, warum vergleichsweise so wenig investiert wurde. Eine der Antworten liegt auf der Hand: Vielleicht wurde ein zu großer Teil des Sozialprodukts konsumiert.

Niedriges Investitionsniveau

Eine andere Antwort wäre, daß ein zu großer Teil des Investitionskapitals ins Ausland ging; das Vereinigte Königreich war immer ein Kapital-exportland, und trotz eines erheblichen Kapitalzustroms wurde noch Ende der sechziger Jahre mehr privates Investitionskapital ausgeführt, als

hereinströmte. Obwohl sich in den letzten fünf Jahren diese Entwicklung umkehrte, machten die britischen Direktinvestitionen noch fast 6 Mrd. £ aus (vgl. Teil 5 in der Tabelle). Sie entsprachen in diesen fünf Jahren etwa 10 % der gesamten inländischen Kapitalbildung und etwa 45 % der inländischen Anlageinvestitionen in der verarbeitenden Industrie. Zugunsten der Auslandsinvestitionen lassen sich natürlich viele Argumente anführen, häufig ist jedoch die Ansicht geäußert worden, daß die Produktivitätslücke und die Kapazitätsengpässe vielleicht nicht bestehen würden, wenn all dieses Geld im Inland angelegt worden wäre.

Selbstverständlich gibt es für das relativ niedrige Investitionsniveau im Industriesektor noch andere Gründe. Erstens war der Wechsel zwischen der „stop-and-go-Politik“ in der Nachkriegszeit nicht besonders dazu angetan, Vertrauen in einen nachhaltigen Aufschwung mit einigermaßen sicheren Erträgen zu erwecken. Zweitens ziehen die Investoren in der Stop-Phase die bereits begonnenen Projekte in die Länge und verschieben neue Vorhaben auf bessere Zeiten. Drittens sind Investitionsausgaben in den großen verstaatlichten Sektoren häufig als wirtschaftspolitisches Instrument benutzt und immer dann gekürzt worden, wenn die Steuerung der Wirtschaft dies verlangte. Viertens schließlich waren die Verstaatlichungspläne der Regierungen ein offensichtliches Hindernis für private Investitionen in Industrien, deren Schicksal ungewiß schien, während die Regierung nicht zu investieren bereit war, bevor eine Industrie nach langer Verhandlungszeit tatsächlich in das öffentliche Eigentum überging.

Sozioökonomische Faktoren

Als ein mildernder Umstand für die wirtschaftliche Lage in Großbritannien kann angeführt werden, daß im Vereinigten Königreich im Jahre 1973 54 % der Arbeitskräfte im Dienstleistungssektor beschäftigt waren im Vergleich zu nur 43 % in der Bundesrepublik (vgl. Teil 6 in der Tabelle). Es ist allgemein bekannt, daß die Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor niedriger ist und daß sie sich langsamer als in der Industrie steigern läßt. Großbritannien, das mit seiner industriellen Revolution allen anderen Ländern voranging, könnte nun auch in der Phase zum Übergang zu einer Dienstleistungsgesellschaft vorausgehen und möglicherweise sogar zu weit vorausgehen. Ebenso gut kann es aber auch sein, daß die Bundesrepublik gegenwärtig überindustrialisiert ist.

Man sollte sich jedoch davor hüten, zu apologetisch oder zu selbstgefällig zu sein. Unleugbar ist, daß die Steuerung der Wirtschaft durch die Regierung hätte besser sein können, daß in Großbritan-

nien die Unternehmensführung in Industrie und Handel viel zu wünschen übrig läßt und daß das Vermächtnis der Vergangenheit in vieler Hinsicht eine schwere Hypothek darstellt. Zu denken ist hier auch an die vergangene Größe des Empire, dessen Verlust langsamer verschmerzt werden dürfte, als es in Frankreich oder in den Niederlanden der Fall war. Zu leugnen ist aber auch nicht, daß man die zentrale finanzpolitische und monetäre Steuerung anders hätte handhaben können und daß sie bei der Entstehung der hohen Inflationsrate eine gewisse Rolle spielte. Soziologische Faktoren sind ebenfalls zu nennen, wie z. B. die britische Einstellung zur Arbeit, die Priorität, die der „Lebensqualität“ vor materiellem Wohlstand eingeräumt wird, usw. Auf diesem Gebiet sind unsere Erkenntnisse jedoch recht begrenzt.

Trotz des relativ schnellen materiellen Wohlstandsanstiegs eines großen Teiles der Arbeiterklasse und der relativen Verarmung des Mittelstandes und trotz der starken Hemmungen, denen die private Kapitalbildung ausgesetzt war, bleibt die britische Gesellschaft stark geschichtet. Die Erinnerung an die große Depression in der Zwischenkriegszeit ist in Großbritannien besonders unter den Älteren ebenso lebendig wie in Deutschland die Erinnerung an die galoppierende Inflation. Obwohl die anscheinend unkontrollierbare Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre, die Auffassung der Mittelklasse von sozialer Sicherheit als organisierter Mildtätigkeit, der Mangel an realen Ausbildungsmöglichkeiten und viele andere sozial wichtige Aspekte der Vergangenheit anzugehören scheinen, sind ihre Nachwirkungen immer noch in den sozialen Verhaltensweisen der heutigen Bevölkerung zu bemerken.

Anscheinend sind die Briten nunmehr soweit, gewisse kritische Punkte des Übels zu erkennen. Es wird erkannt, daß die britische Industrie modernisiert werden muß; Kapital allein reicht jedoch nicht aus – die harmonische Zusammenarbeit zwischen der Regierung, den Gewerkschaften und den Unternehmern sowie der „City“ ist ebenfalls erforderlich. Auch erkennt man allmählich den nationalen Konsens, der nicht notwendigerweise eine Koalitionsregierung bedeutet, als wesentlich an. Anzeichen bestehen dafür, daß der Standort des Landes im internationalen Rahmen erkannt wird. Wenn auch ungerne, findet man sich damit ab, daß Großbritannien ohne sein Weltreich jetzt ein Land mittlerer Größe ist, das auf sich selbst gestellt ist und in Weltangelegenheiten nicht viel mitzureden hat. Und man erkennt, daß Großbritannien, das gerade Mitglied einer größeren, diesmal aber europäischen Gemeinschaft geworden ist, hier vielleicht eine bescheidene Rolle spielen kann.